Neues Bankenregulierungspaket wird unter Wiens EU-Vorsitz verhandelt

veröffentlicht am [11. 1. 2018](#) von APA

Wien (APA) - Unter Österreichs EU-Vorsitz im zweiten Halbjahr wird ein neues Banken-Paket abgearbeitet. Hält der Zeitplan, könnten die neuen Regeln frühestens mit Juli 2019 in Kraft treten. Der österreichische Europaabgeordnete Othmar Karas (ÖVP) rechnet aber eher mit Jänner 2020. Ein Thema darin werden Erleichterungen für kleine Banken sein. Das ist vor allem Deutschland und Österreich wichtig.

Seitens des EU-Parlaments plädiert der für die Kapitalrichtlinie zuständige Abgeordnete Peter Simon (SPD) dafür, kleine Banken administrativ zu entlasten. Dazu seien detaillierte Schwellenwerte und Abgrenzungen zu international tätigen Großbanken nötig. Nicht jede Regel müsse für jede Bank im selben Ausmaß gelten, sagten Karas und Simon vor Journalisten in Wien. Es gehe nicht darum, das Sicherungsniveau herabzusetzen oder Kapitalanforderungen zu verwässern, betonten beide Abgeordneten, sondern es gehe um die Verhältnismäßigkeit in der Regulierung. Die sei klarer zu definieren. Kleine Banken hätten übermäßig viel Aufwand mit ihren Berichtspflichten. Die Regulierungskosten seien so stark gestiegen, dass viele dies nicht mehr schafften. "Wir wollen doch keine Marktberreinigung nur aufgrund von Bürokratie", sagte Simon.

Ihm schweben zentrale Stellen vor, an die Banken alle relevanten Daten liefern sollten. Die Daten seien ja in hohem Ausmaß da, nur würden sie schlecht koordiniert, kritisierte Karas. Mit einer Zentralisierung der Daten und wechselseitigem Austausch würden sich manche Abfragen erübrigen.

In den in Arbeit befindlichen Abänderungsanträgen und in den Verhandlungen mit dem Rat ab Sommer geht es auch um die Schwellenwerte, was als "kleines" Institut gelten könnte. Die EU-Kommission hat Ende vorigen Jahres dafür 1,5 Mrd. Euro Bilanzsumme vorgeschlagen. Banken unterhalb dieser Größe sollten Regulierungserleichterungen erfahren. Simon hält dies nicht für jede europäische Volkswirtschaft adäquat. Ein solcher absoluter Wert werde niemandem gerecht. 1,5 Milliarden Euro plus 0,1 Prozent des jeweiligen BIP könnten in seinen Augen ein Weg sein. Für Deutschland läge das Maximum dann bei rund 4,8 Mrd. Euro.

Für Deutschland wurde kürzlich errechnet, dass mit dieser Rechnung etwa 90 Prozent der dortigen Banken in den Genuss von administrativen Erleichterungen kämen. Umgelegt auf österreichische Strukturen - also noch höherer Bankendichte - wären es mehr als 90 Prozent, heißt es.